
Aussprache

(Zu den Beiträgen
von Norbert Römer, GMH 4/90,
und Detlef Hensche, GMH 5/6/90,
zur Sozialismus-Debatte)

Lieber besser differenzieren als alte Differenzen

Die von Dieter Wunder losgetretene Diskussion hat viel wirkliche Bewegung noch nicht gebracht. Dafür ist aber der Aufmarsch in den alten Schlachtlinien imponierend. Nur: Differenzierungen wären nützlicher und Offenheit hinsichtlich der eigenen Fehleinschätzungen in der Vergangenheit könnte helfen.

Norbert Römer (GMH 4/90) stellt - im Angriff gegen Detlef Hensche - fest, „es gibt keine gemeinsamen Wurzeln“ von demokratischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung einerseits und Kommunisten andererseits. Das scheint etwas arg vereinfacht. Daß die Politik Gustav Noskes, nämlich die des Bündnisses mit den wilhelminischen Militärs, nach 1918 manchen so an der Sozialdemokratie hat zweifeln lassen, daß er den Weg zu den Kommunisten fand, ohne sich von seinen Wurzeln zu trennen - ist das eine abwegige Vermutung?

Natürlich war die Sozialfaschismus-These der Kommunisten um 1930 absurd.

Die Sozialdemokraten hatten sicher manchen Fehler gemacht, aber sie mit den Nationalsozialisten gleichzusetzen, spielte objektiv gerade diesen in die Hände. Aber, mußte es nicht für einen kommunistischen Teilnehmer der Berliner Mai-Demonstration von 1929, die ein sozialdemokratischer Polizeipräsident blutig zusammengeschlagen und zusammenschießen ließ, schwer begreiflich sein, daß er — der Kommunist mit seinen Wunden und Beulen und seiner Todesangst vor der Polizei der Republik - mit den Sozialdemokraten gemeinsame Sache machen sollte? Und haben die Kommunisten ihre von einer moskauhörigen Führung willig befolgte Gleichsetzung von Nationalsozialisten und Sozialdemokratien nicht nach 1933 teuer bezahlt? Zumindest in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten hat es eine gemeinsam erlittene Geschichte von Sozialdemokraten und Kommunisten gegeben. Ist es ein Wunder, daß Sozialdemokraten mit solchen Erfahrungen auch lange später noch in Kommunisten eher Bündnispartner als Gegner sahen?

Andererseits: Nach 1945 beziehungsweise nach 1948 stand eine ganze Generation von Gewerkschaftern in heftigster Auseinandersetzung mit Kommunisten, um deren Griff nach der Macht in der Organisation abzuwehren. Auch das prägt nachhaltig. Und es immunisiert gegen Schallmeienklänge.

Vielleicht könnte es einer notwendigen Differenzierung auf die Sprünge helfen, zwischen Kommunisten - also Menschen, die mit welchem biographischen Hintergrund auch immer, sich den Überzeugungen und den Ideologien der KPD und der DKP angeschlossen haben - und Stalinismus - als dem Inbegriff des Macht-systems im bislang real existierenden Sozialismus - zu unterscheiden. Römers Anliegen der strikten Trennung von demokratischen Traditionen der Arbeiterbewegung und Herrschaftspraxis der bisherigen DDR ließe sich damit erfüllen. Vielerlei Verknüpfungen und Verstrickungen wären zwar darin eingeschlossen. Aber über sie und die Ursachen und Hin-

tergründe manch bewußter oder unbewußter Blindheit gegenüber dem stalinistischen System könnte zielgerichteter diskutiert werden.

Römer hält es für unerträglich, wenn bürokratische Erscheinungen drüben (in den stalinistischen Systemen) mit denen hüber (in den demokratischen Gewerkschaften) verglichen werden. Nun gibt es aber einige Ähnlichkeiten aller Bürokratien, wo auch immer sie angesiedelt sind, im Stalinismus, in den Kirchen, in den Verwaltungen großer Industriekonzerne oder in den Gewerkschaften. Zu den Eigentümlichkeiten bürokratischen Handelns gehört zum Beispiel die Unverantwortlichkeit von Individuen. Entscheidungen und Abläufe bleiben anonym, lassen sich nicht einzelnen Personen zuordnen. Also: die Bürokratie war der Täter. Und dazu befragen wir Detlef Hensche. Zum Problem von Bürokratie und zum Verhältnis von Funktionären und Mitgliedern schreibt Hensche (GMH 5/6/90): „Eine unserer zentralen Reformforderungen ist die Mitbestimmung. Wir konzentrieren uns dabei auf Betriebs- und Personalräte und auf die Mitwirkung im Aufsichtsrat. Es ist noch nicht lange her, da erblickten viele Gewerkschafter zum Beispiel in der Mitbestimmung am Arbeitsplatz eine geschickt ausgelegte Leimrute der Unternehmer. Inzwischen sieht der DGB das anders.“

Diese Sätze haben mir den Atem verschlagen. Lieber Detlef, es mögen zwar viele Gewerkschafter gewesen sein, die - „es ist noch nicht lange her“ - die Mitbestimmung am Arbeitsplatz ablehnten, aber ihr Wortführer (beim DGB) warst Du. Damals, in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, als die Mitbestimmungskampagnen des DGB und der Gewerkschaften nur so rauschten, da setzen wir, also die Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand (wenn auch nicht allein) lupenrein auf die gewerkschaftliche Organisation oder allenfalls auf den Betriebsrat als gesetzlich definiertes Organ, um allein sie als Träger von Mitbestimmung in ebenso sauber definierten Institutionen zu sehen. Nichts war

da von Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Sie lehnten wir vehement als Blendwerk ab. Und Du hattest als Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik jede Gelegenheit genutzt, um dieser Ablehnung Nachdruck zu verleihen. Ganze Heerscharen von Betriebsräten und Gewerkschaftssekretären sind dank Deiner ungewöhnlichen Durchsetzungskraft gegen die Mitbestimmung am Arbeitsplatz eingenommen worden. Das war zugleich das Verdikt der Organisation. „Inzwischen sieht der DGB das anders“. Im Klartext: Deine Nachfolger haben - aufgrund welcher innergewerkschaftlichen Diskussionen und Entscheidungsprozesse auch immer - ein Urteil (das Du zwar nicht als erster gesprochen, aber fleißig exekutiert hast) revidiert. Du hast Dich offenbar der Revision angeschlossen. Im übrigen, in der DDR nennt man jene, die sich so geben, als hätten sie dem Wandel schon immer angehangen, Wendehälse. Ein kleines Beispiel, zugegeben, aber es macht Norbert Römer vielleicht deutlich, daß vor bürokratischen Erscheinungen auch demokratisch strukturierte Gewerkschaften nicht gefeit sind.

Wilhelm Kaltenborn,
Frankfurt/M.

Wird nicht auch in den Gewerkschaften die Opposition unterdrückt?

In seiner „Stellungnahme zur gewerkschaftlichen Sozialismus-Debatte“ (GMH 4/90) erwartet Norbert Römer von einem Gewerkschafter die „Fähigkeit Kritik zu ertragen“. Ich möchte den Ball aufnehmen und meine Kritik in Form von Fragen an den Pressesprecher der IG Bergbau und Energie richten.

Der Autor spuckt Gift und Galle, weil vor Jahren Gewerkschaftsfunktionäre, wie Detlef Hensche, Aufrufe gegen Faschismus und Krieg unterschrieben haben, die auch „Parteikommunisten“ unterzeichnet hatten. Da Kollege Römer den Terminus „Parteikommunisten“

fünfmal wiederholt, möchte ich gern wissen, was das für Menschen sind? Oder sind es „Untermenschen“, mit denen jeglicher Kontakt vermieden werden sollte? Wäre es dann nicht besser, analog dem Judenstern im Dritten Reich, diese zu zwingen, einen Aufkleber mit einem großen „K“ zu tragen?

Weiß Römer, daß der Gedanke der großen Errungenschaft Einheitsgewerkschaft von Sozialdemokraten und Kommunisten in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern der Nazis und in der Emigration geboren wurde, daß die nach 1945 spontan entstandenen Gewerkschaften das Werk von Sozialdemokraten, Christen und Kommunisten war und daß folgerichtig der an der Ruhr bekannte Kommunist Willi Agatz zum Zweiten Vorsitzenden der IG Bergbau gewählt wurde?

Römer beschimpft aktive Gewerkschafter der „Schwarz-Weiß-Malerei“. Liefert er mit seiner Stellungnahme nicht selbst ein Schulbeispiel für Einseitigkeit und Intoleranz, gespickt mit Halbwahrheiten? Vielleicht sollte sich Kollege Römer bei dem DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere erkundigen, ob die Kommunisten in der DDR bei eingestandenem Scheitern ihres bürokratischen Sozialismusmodells nicht auch Erhaltenswertes geschaffen haben? Oder haben sie restlos alles „ruiniert“?

Will Römer jetzt dafür eintreten, daß seine Gewerkschaft den DGB verläßt? Die Vermutung liegt nahe, weil er eine Kernaussage des DGB-Grundsatzprogramms in Frage stellt. Sie lautet, daß die „sozialen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen vom Interessengegensatz von Kapital und Arbeit geprägt“ sind. Wäre es nicht nützlich, wenn Kollege Römer diesen Gegensatz bei den gegenwärtigen Streiks an der Basis studiert?

Zu Recht kritisiert der Pressesprecher der IG Bergbau und Energie den „demokratischen Zentralismus“, von dem sich die meisten kommunistischen Parteien mittlerweile befreit haben. Muß er sich den Schuh nicht anziehen, daß in seiner und in anderen DGB-Gewerkschaften ein

Zentralismus in potenziert Form herrscht? Ist es nicht so, daß jede Opposition gegen die Führung niedergemacht wird? Könnte heute in den Geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie ein Kollege gewählt werden, der sich zur Partei der Grünen bekennt, oder gar ein „Parteikommunist“?

Nach Ansicht von Römer sind seine und die Kritik anderer an dem Zusammengehen von Sozialdemokraten mit Kommunisten in manchen Gewerkschaften unterdrückt worden. War es nicht genau umgekehrt? Stimmt es etwa nicht, daß das von ihm gepriesene Buch vom Fischer-Verlag über den „Marsch der DKP durch die Institutionen“ mehrere Hauptvorstände zu tausenden Exemplaren erworben haben und dann kostenlos verteilen?

Noch eine letzte Frage. In der Zeitung seiner Gewerkschaft „einheit“ (9/90) hat Römer einen gemeinsamen historischen Artikel mit Manfred Wilke veröffentlicht. Ist es Norbert Römer entgangen, daß Wilke seit Jahren in den Organen der Unternehmerverbände diffamierende Hetzartikel über den DGB und die SPD schreibt? Ober ist das Techtelmechtel so zu verstehen, daß damit im Sinne der gepriesenen „sozialen Partnerschaft“ einer Fusion der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit dem DGB der Weg bereitet werden soll?

Werner Petschick,
Frankfurt/M.

(Zu dem Beitrag von Michael Wendl,
Arbeit, Einkommen und Normalarbeits-
verhältnis, GMH 4/1990)

Eine Grundsicherung würde die Gewerkschaften stärken

Der Beitrag von Michael Wendl lädt aus mehreren Gründen zu einer Replik ein:

1. Die schon bestehende Erosion des Normalarbeitsverhältnisses erzeugt heute

arbeitsmarkt-externe Einkommensarmut; dies erfordert Handlungsbedarf.

2. Die Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt verdoppelt sich oftmals mit der Ausgrenzung aus der Sozialversicherung. Deshalb muß eine grundlegende Reform des Zugangs- und Äquivalenzprinzips der Sozialversicherung ins Auge gefaßt werden.

3. Das Ausspielen von hier Vollbeschäftigungspolitik und da Sozialpolitik — in Form einer Grundsicherung - führt im Endeffekt zu einer Nicht-Politik, die insbesondere auf dem Rücken der sozial Unterversorgten ausgetragen wird.

4. Die Gewerkschaften könnten durch eine Grundsicherung den ihnen gegenüberstehenden Angebotsdruck des externen Arbeitsmarktes dämpfen, so daß die von Einkommensarmut Betroffenen nicht zum Tarifdumping genötigt werden. Damit erweitert sich auch der gewerkschaftliche Handlungsspielraum.

Im folgenden möchte ich auf diese Punkte eingehen:

Zu 1: Ich stimme Wendl zu, wenn er betont, daß gewerkschaftliche Interessenpolitik sich nicht auf den „Nachvollzug bestimmter sozialwissenschaftlicher Konjunkturen beschränken“ (Wendl, a. a. O. 5. 217) sollte. Allerdings ist die Existenz von Einkommensarmut, die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses keine sozialwissenschaftliche Erfindung, sondern das Ergebnis einer fehlenden Vollbeschäftigungspolitik, einer staatlichen Deregulierung des Arbeitsrechtes und der Konstruktionsprinzipien des Systems der Sozialversicherung. So gibt es heute schon circa 2,5 Millionen Empfänger von „Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt“; 25 Prozent aller Empfängerhaushalte gaben als Ursache den Verlust des Arbeitsplatzes an.

Es ist sicherlich müßig, darüber streiten zu wollen, in welchem Maße „Erwerbsarbeit organisierendes Zentrum der Lebensgestaltung bleibt“ (ebd., S. 213). Sicherlich ist davon auszugehen, daß dies für die Mehrzahl der Menschen so bleiben wird. Aber es führt in die Enge,

Erkenntnisse als „falsch“ abzutun, die eine sukzessive Auflösung dieses Zentrums erwarten. Ich gehe stattdessen davon aus, daß sich eine „neue Topographie der Arbeit“ (Müller-Jentsch) herausbildet, auch wenn diese mengenmäßig nicht allzu stark zu Buche schlagen sollte. Aber solange Gewerkschaften dies nicht wahrhaben wollen, werden sie zu dem nicht dem „Normalarbeiter“ entsprechenden Arbeitnehmer kein solidarisches Verhältnis aufbauen und seine Interessen auch nicht akzeptieren können. Gerade den Arbeitnehmern, die aus guten, individuellen Gründen nicht „normal“ arbeiten wollen, sollten die Gewerkschaften im Falle der Arbeitslosigkeit und im Alter auch ein auskömmliches Einkommen zugestehen. Oder soll das im „Diskussionsentwurf für ein sozialpolitisches Programm des DGB“ (1988) postulierte Ziel eines „ausreichenden und gesicherten Einkommens“ nur für diejenigen gelten, die das Normalarbeitsverhältnis akzeptieren?

Zu 2: Das der Sozialversicherung zugrundehiegende Äquivalenzprinzip zu korrigieren, ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung; ausreichend ist er jedoch nicht, denn damit wird nur eine von wenigstens zwei sozialpolitischen Problemlagen bearbeitet - und zwar die der sozialen Unterversorgung. Genau so wichtig ist der Ausschluß aus der Sozialversicherung. Ausschluß entsteht in der Regel durch den versperrten Zugang zu einem Normalarbeitsverhältnis. Durch dieses Nadelöhr muß man erst gelangen, bevor man Zugang zu wichtigen Leistungen der Sozialversicherung erhält. Auch hier macht der erwähnte Entwurf des DGB richtige erste Schritte. Ebenso wichtig ist es, für den Bereich der Rentenversicherung die Fiktion des „erfüllten Versicherungslebens“ aufzugeben.

Beide Modifizierungen hätten für die Finanzierung der Systeme einige Konsequenzen: Wenn auch Nicht-Beitragszahler in den „Genuß“ von Transferleistungen aus der Sozialversicherung kommen sollen, muß das bestehende Beitragssystem durch eine Steuerfinanzie-

rung beziehungsweise Wertschöpfungsabgabe ergänzt werden. Denn es ist nicht einzusehen, daß ausschließlich - und dies ist Wendls berechtigte Angst vor der „Umverteilung in einer Klasse“ (ebd. S. 209) - die Beitragszahler für die „Außenstehenden“ bezahlen.

Schon diese Ausführungen zeigen, daß die Ausweitung des Kreises der Leistungsempfänger eine Reformierung der Finanzierungsseite nach sich ziehen muß. Nur am Rande sei betont, daß mit der Hinzuziehung der Steuerfinanzierung zum Beispiel für die passive Arbeitsmarktpolitik auch ein Weg eingeschlagen werden könnte, um das Auskonkurrieren der passiven gegen die aktive Arbeitsmarktpolitik wenigstens zu begrenzen. Man sieht, Grundsicherungsforderungen lassen sich auch mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik sinnvoll verbinden.

Zu 3: Wie ein roter Faden zieht sich durch Wendls Beitrag das gegenseitige Auspielen von Vollbeschäftigungspolitik hier und Grundsicherung da. Damit kommt zweierlei zum Ausdruck: Zum einen die Unterordnung der Sozial- unter die Beschäftigungspolitik nach dem Muster: Ist Vollbeschäftigung vorhanden, lösen sich die sozialpolitischen Problemlagen auf. Mag dies vielleicht auch stimmen, so unterschätzt Wendl, daß die Konstruktionsprinzipien der Arbeitslosen- und Rentenversicherung - systematisch für die Außenstehenden, aber potentiell auch für die im Arbeitsmarkt stehenden - Armut produziert.

Es läßt sich auch umgekehrt argumentieren: Gäbe es eine generöse Grundsicherung unter den Bedingungen von Vollbeschäftigung und eines Normalarbeitsverhältnisses für alle, brauchte sie in großem Umfange erst gar nicht in Anspruch genommen werden - also schadet eine Grundsicherung oder gar ein Grundeinkommen niemanden - oder?

Wenn aber das Auspielen zweier wichtiger Ziele zum gewerkschaftlichen Allgemeinut werden sollte, steht schon heute das daraus resultierende Ergebnis fest: Es führt zu einer Nicht-Politik.

Zu 4: Arbeitsmarktinterne Einkommensarmut nötigt die davon Betroffenen zur Arbeit um jeden Preis. Eine Grundsicherung würde helfen, diesem Zwang nicht zu unterliegen und Tarif dumping zu verhindern. Sie kann die Sozialeinkommen der Arbeitslosen und Rentner verbessern. Dies würde auch die Gewerkschaften entlasten und so ihre Verhandlungsmacht für die Beschäftigten stärken.

Für die Durchsetzung einer generösen Grundsicherung bedarf es starker und von dieser Forderung überzeugter Gewerkschaften. Diese Voraussetzung muß jedoch auch bei anderen gewerk-

schaftlichen Aktivitäten - Vollbeschäftigungspolitik, Arbeitszeitverkürzung, Verteidigung des Normalarbeitsverhältnisses - vorhanden sein. Die befürchteten negativen Effekte (vgl. Wendl, S. 215), die aus einer Grundsicherung entspringen können, sind daher weniger der Forderung nach einer solchen Absicherung anzulasten - sicherlich haben die einzelnen Modelle noch einige Schwächen —, als vielmehr der mangelnden gewerkschaftlichen Durchsetzungskraft und - absieht.

Klaus Zühlke,
Hamburg